

VA-01/40372/BA-MA

21.05.1986

Berlin, den 05. 1986

Aktennotiz

068

für den Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes

1. 05. 1986 fand unter der Leitung des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs Zentralkomitees der SED, Genossen Hermann A x e n , eine weitere Beratung der internen Arbeitsgruppe zu Fragen der Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Europa

die Ergebnisse der Beratung gestatte ich mir, Ihnen zu melden:

Zur Vorbereitung des nächsten Treffens mit der SPD am 29. und 30. 05. 1986 in BONN wurde ein überarbeiteter Entwurf der "Grundsätze für die Schaffung eines von Kernwaffen freien Korridors" (Anlage 1) vorgelegt. Dieses Material berücksichtigt die Ergebnisse des 3. Treffens mit der SPD. Es enthält als wesentliche neue Elemente

die Forderung zu Verhandlungen über die Schaffung eines von allen Kernwaffen freien Korridors, d.h.

- atomaren Gefechtsfeldwaffen
- nuklearen Mittelstreckenwaffen und
- strategischen Waffen.

Diese Forderung entspricht der Zielstellung der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 23. 10. 1985 in SOFIA.

Die Schaffung des von Kernwaffen freien Korridors könnte entsprechend den sowjetischen Vorstellungen in zwei Etappen erfolgen

- in einer ersten Etappe wäre ein Korridor mit einer Ausdehnung von jeweils etwa 150 km entlang der Trennlinie der militär-politischen Bündnisse in Mitteleuropa,
- in einer zweiten Etappe könnte der Korridor auf ca. 300 km auf jeder Seite der Trennlinie ausgedehnt werden. Das sollte etwa 5 Jahr nach der Realisierung der 1. Etappe geschehen.

In einer Definition der Kernwaffen wären alle Trägersysteme, die zum Einsatz von Kernmunition fähig sind, sowie die Kernmunition selbst erfasst.

Kann ein Trägersystem sowohl konventionelle als auch Kernmunition ins Ziel bringen, so würden alle Waffen dieses doppelt verwendbaren Systems unter die Kategorie der Kernwaffen fallen.

Diese Definition entspricht den sowjetischen Empfehlungen aus der Konsultation vom 25. 11. 1985 in MOSKAU. Dabei wurde jedoch darauf verzichtet, die einzelnen Waffenkategorien aufzuzählen, um nicht zusätzliche technische Probleme in dieses politische Dokument einzuführen.

Am 20. 05. 1986 übergab die SPD ihre Vorstellungen über "Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa" (Anlage 2).

Diese Grundsätze widerspiegeln wesentliche Elemente der bisherigen Verhandlungen, enthalten aber auch eine Reihe völlig unakzeptabler Forderungen. Das betrifft:

- die Schaffung eines Korridors mit einer Ausdehnung von lediglich jeweils 150 km entlang der Trennungslinie
- die Einbeziehung aller Artilleriesysteme. (Der Vorschlag der SED sieht lediglich die Einbeziehung der Artilleriesysteme mit Doppelverwendung vor.)
- Die Beschränkung der Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten auf den Abzug der entsprechenden Kernwaffen. (Der Vorschlag der SED sieht außerdem das Verbot des Besitzes, der Stationierung, der Lagerung und der Herstellung von Kernwaffen im Korridor vor.)

Darüber hinaus hat die SPD alle Fragen der Kontrolle eines zukünftigen Korridors offengehalten. Damit hätte sie die Möglichkeit, in den weiteren Verhandlungen durch unakzeptable Forderungen alle bisherigen Ergebnisse in Frage zu stellen.

Genosse A x e n stellte die Aufgabe, eine Verhandlungsdirektive auf der Grundlage des Arbeitspapiers der SED auszuarbeiten.

Die unakzeptablen Forderungen der SPD sind kein Verhandlungsgegenstand, sondern zurückzuweisen.

Dazu bittet er um die Mitarbeit des Vertreters des Ministeriums für Nationale Verteidigung.

Ich bitte um Kenntnisnahme, Zustimmung zur Bitte des Genossen A x e n bzw. Freigeisung.

Sayat
S a y a t z
Oberst